



Spandauer Stachel

ZEITUNG DER ALTERNATIVEN LISTE SPANDAU

Nr. 1 EXTRA 2011

Schallende Ohrfeige für Birkholz

Innensenator kritisiert kommissarische Besetzung der Stelle des Jugendamtdirektors

Herbe Kritik aus Berlin: Der Innensenator hat rechtliche Bedenken zu der von Bezirksbürgermeister Birkholz getroffenen Entscheidung geäußert, die derzeit nicht regulär besetzte Stelle des Jugendamtdirektors mit einem im Kinder- und Jugendhilferecht unerfahrenen leitenden Mitarbeiter einer anderen Abteilung zu besetzen.

Daraufhin wurde die ursprünglich für den 3. Januar 2011 vorgesehene Besetzung aufgeschoben, erklärte Birkholz am 4. Januar 2011 im Spandauer Jugendhilfeausschuss.

Mit einem Trick zog sich das Bezirksamt am 18. Jan. aus der Affäre. Es fasste den Beschluss, die Stelle mit dem fachlich unerfahrenen Mitarbeiter zu besetzen, setzte die Umsetzung des Beschlusses umgehend aus und rief stattdessen eine „Taskforce Hilfen zur Erziehung“ ins Leben. Die Leitung der Taskforce wurde eben jenem Mitarbeiter übertragen.

Die GAL-Fraktion sieht sich in ihrer grundsätzlichen Kritik am Vorgehen des Bezirksbürgermeisters und des



Spandauer Jugendamt in Schwierigkeiten

Foto: Stachel

Bezirksamtes bestätigt. Das Gesetz sieht zwingend vor, dass ein Jugendamtdirektor fachlich kompetent sein muss. Zudem ist der Jugendhilfeausschuss vor einer Besetzung anzuhören – eine Ausnahme auch bei nur kommissarischer Besetzung ist nicht vorgesehen. In beiden Punkten hat Birkholz also das Gesetz nicht beachtet. Seine Entscheidung fiel offenbar ohne Kenntnis der Sachdiskussionen im zuständigen Fachausschuss, sondern auf Grundlage der plakativen Diskussion, wie sie CDU, FDP und Panther seit Monaten innerhalb und außerhalb der BVV führen.

Demnach soll die SPD-Jugendstadträtin Meys für die hohen Kosten im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE) verantwortlich sein. Birkholz selbst hält die Kosten für

eine „Frage des Managements“. Er und die CDU samt ihren Mehrheitsgebern in der BVV ignorieren, dass betroffene Familien

einen bundesrechtlichen Anspruch auf Hilfen zur Erziehung haben und blenden völlig aus, dass die überproportionalen Kürzungen im Präventionsbereich in der Vergangenheit eine der Ursachen für die hohen Kosten in der Gegenwart sind. In der Aufgabenbeschreibung wurde dem leitenden Mitarbeiter unmissverständlich klargemacht, was der Bezirksbürgermeister von ihm erwartet: Er soll „dafür sorgen, dass die „überhöhten“ Ausgaben der Hilfen zur Erziehung nun endlich eingedämmt werden.“ Mit dieser Kampfansage leistet der Bezirksbürgermeister den in Spandau ansässigen Trägern, betroffenen Familien und bezirklichen Mitarbeiter/innen einen Bärendienst.

Die GAL-Fraktion fordert von der CDU,

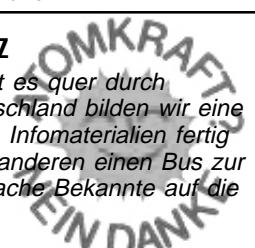
sich vom Vorgehen ihres Bezirksbürgermeisters zu distanzieren, damit nicht nach der Berliner S-Bahn auch noch die bezirkliche Jugendhilfe an die sprichwörtliche Wand gefahren wird.

Dies ficht die CDU und ihre Unterstützer in der BVV jedoch in keinsten Weise an. Im Jugendhilfeausschuss erklärte sie, dass Ideen von außen für das Jugendamt gut seien und der kommissarische Kandidat ein verdienter Spitzenbeamter ist, über den die Jugendstadträtin froh sein solle. Die GAL-Fraktion hat an seinen fachlichen Kompetenzen im Sozialbereich keine Zweifel – für die Rolle als Jugendamtdirektor ist er jedoch nicht qualifiziert und soll darüber hinaus auch noch ähnlich agieren, wie die fachfremden Sparkommissare bei der S-Bahn, die einzig und allein den Börsengang der Gesamtbahn gewinnträchtig gestalten sollten, koste es die Berliner auch was es wolle.

Um den Bedarf an Hilfen zur Erziehung dauerhaft zu reduzieren ist es nötig, Präventionsangebote im Bezirk wieder auszubauen. Das Geld – eine Investition in die Zukunft Spandauer Familien – hat der Senat zu vergeben. Bis die präventiven Angebote greifen, muss Spandau ausreichende Mittel zur Deckung des heutigen Bedarfs erhalten. Nur so kann der Bezirk die rechtlichen Ansprüche seiner Bürger/innen erfüllen.

Atomausstieg in die Hand nehmen - Menschenkette am 12. März

Noch vor dem Tschernobyljahrestag und kurz vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg gibt es quer durch Süddeutschland 40 Kilometer Protest gegen Atomkraft. Wie schon im letzten April durch Norddeutschland bilden wir eine riesige Menschenkette, diesmal vom AKW Neckarwestheim bis nach Stuttgart. Inzwischen sind die Infomaterialien fertig gedruckt, der Streckenverlauf weitgehend klar, jetzt kommt es auf Dich an! Bringe alleine oder mit anderen einen Bus zur Menschenkette auf den Weg, mobilisiere in Deiner Region, verteile Flugblätter und Plakate und mache Bekannte auf die Anti-Atom-Kette aufmerksam: <http://www.ausgestrahlt.de/menschenkette>



Perspektive 50plus – wie Spandau Chancen für Ältere verschläft

Besonders Menschen, die über 50 Jahre sind, haben es bei der Stellensuche schwerer. Dem will das Bundesministerium für Arbeit und Soziales abhelfen. „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“, nennt sich ein Programm zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Langzeitarbeitsloser. Wie im letzten Stachel berichtet, ist das JobCenter Spandau immerhin seit dem 1. Januar 2010 an diesem Programm beteiligt.

Aber nach außen sind keine Aktivitäten sichtbar. Das ergab eine Internet-Recherche sowie ein persönlicher Tipp. „Berliner Betriebe nutzen die Kompetenzen Älterer“, heißt es im Netz, was griffig als „Berliner BÄr“ vermarktet wird (<http://www.projekt-berlinerbaer.de>). Es handelt sich dabei um ein Gemeinschaftsprojekt im Rahmen von „Perspektive 50plus“. Beteiligt ist dabei neben anderen Bezirken auch Spandau.

Zuerst, was ist „Berliner BÄr“? Das ist eine nette Webseite mit Angaben zu Angeboten für Arbeitsuchende und Betriebe, Personalservice für Arbeitgeber und weiteren Erklärungen. Zu erfahren ist auch von einer monatlichen Inforunde, jeweils am vierten Montag. Der Berichterstatter, der sich für das auf die Generation „Ü 50“ zugeschnittene Programm interessierte, hatte somit sein Erfolgserlebnis. Eine freundliche Mitarbeiterin passenden Alters erläuterte das Projekt: „Für Arbeitsuchende beginnt es mit einer 14-tägigen Phase des Kennenlernens. Dabei wird eine persönliche Strategie erarbeitet. Womit auch eventuelle Vermittlungshindernisse abgebaut werden.“ Gerade viele ältere Arbeitsuchende besitzen Ängste, wie, wegen angehäufter Schulden nichts übrig zu behalten, oder wegen eines häuslichen Pflegefalls, eigenen gesundheitlichen Schwächen, Problemen mit dem Partner und anderen Widrigkeiten nicht zu „bestehen“. SozialarbeiterInnen bieten dazu aber entsprechende Programme an, über das Arbeitsangebot hinaus.

Auch für Arbeitgeber wirkt das Projekt „Perspektive 50plus“ attraktiv. Inzwischen setzt bei ihnen angesichts fehlender Fachkräfte und unbesetzter Stellen ein langsames Umdenken ein. So würden über das beschriebene Projekt laufende Bewerbungen an den Arbeitgeber abgegeben. Weil hier ein gewisser Standard genüge und bereits eine Vorauswahl stattfindet, verliehen sie erfolgreicher als eigenständige Bemühungen, hieß es. Und so kann oft erfolgreich, trotz Zweifel vieler Stellenanbieter, geklärt werden, passen die Bewerber zum Betrieb. Auch ist es bei diesem Projekt möglich, dass Arbeitgeber Anträge auf Zuschüsse stellen. Allerdings gilt das nur für die selbst vermittelten Jobsuchenden.



Die Verantwortlichen haben versagt!

Foto: Stachel

Insgesamt 92 solcher Projekte werden bundesweit angeboten, erfuhr der Autor. Es überraschte ihn allerdings, dass das Projekt „Berliner BÄr“ in der Vermittlungsstatistik auf Platz 2 liegen soll. Doch gleich danach kam der Vermuthstropfen hinterher: „Leider ist das Kontingent an Plätzen für die JobCenter in Spandau, Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg für 2010 bereits erschöpft.“

Darüberhinaus bleibt beim Gemeinschaftsprojekt „Berliner BÄr“ einiges unübersichtlich. Klar ist, dass wer vermittelt werden möchte, mindestens 50 Jahre alt und arbeitslos sein muss. Trotzdem winkt bei „Perspektive 50plus“ die Bundesagentur ab, weil dies Sache der JobCenter sei. Im Spandauer JobCenter allerdings lautet die Auskunft nur, „wer kein Geld bezieht, bekommt auch keine Leistung“. Von daher nichts für Menschen, die etwa zuerst ihr Ersparnis aufbrauchen müssen.

Wer meint, das Projekt „Perspektive 50plus“ habe auch das Ziel, den Arbeitsmarkt so zu verändern, dass die Chancen älterer Arbeitssuchender grundsätzlich steigen, liegt in Spandau falsch. Gerade im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion, wie Rente ab 67 und längerer Lebensarbeitszeit, wären stärkere Aktivitäten der zuständigen Stellen in dieser Richtung zielführend.

Für ältere Arbeitswillige drängt sich der Eindruck auf, dass das JobCenter Spandau dieses Programm eher verschlafen hat. Noch ärgerlich wird es für die Betroffenen, wenn nach einem Gespräch mit einem Fallmanager herauskommt, Spandau habe nur vergessen, im Rahmen der „Perspektive 50plus“ auf das Programm Berliner BÄr hinzuweisen. Der Autor meint, das Programm „Perspektive 50plus“ wäre durchaus ein weitblickender Gedanke. Doch liegt das offenbar jenseits aller Logik der Verantwortlichen des JobCenters Spandau!

Rudolf König

+++ aus der bvv +++

Dächerschäden durch landende Flugzeuge – Bezirksamt weiß von nichts I

Ganz neu war dem Bezirksamt, dass 2006 und 2010 Dächer in der Wasserstadt durch die Wirbel zu tief fliegender Flugzeuge bei der Landung beschädigt wurden. Ebenfalls neu war dem Bezirksamt, dass die Flughafengesellschaft die Reparaturkosten nicht mehr übernimmt.

Wir halten dem Amt zugute, dass es sich sofort bereit erklärte, sich um den konkreten Fall zu kümmern. Am Rande einer Sitzung der BI „Spandauer Süden gegen Fluglärm“ am vergangenen Donnerstag konnten wir den Kontakt zwischen dem betroffenen Bürger und dem zuständigen Stadtrat vermitteln.

Einrichtung einer verwaltungsexternen Schiedsstelle wird geprüft

Die GAL freut sich jedes Mal, wenn eigene, von der Mehrheit abgelehnte Anträge unter anderem Namen von der CDU oder anderen neu gestellt werden. Das Bezirksamt wird jetzt prüfen, ob und wie eine beim Bezirksbürgermeister angesiedelte verwaltungsexterne Beschwerde- und Schiedsstelle eingerichtet werden kann. Dem wahrscheinlich positiven Prüfungsergebnis sehen wir mit Freude entgegen.

Volkshochschule Spandau: Alle für 2011 angekündigten Kurse finden statt!



VHS Standort Kirchstrasse 3

Foto: Stachel

Aufatmen in der Spandauer Volkshochschule: Alle im VHS-Programm für das 1. Halbjahr 2011 angekündigten Kurse können stattfinden, die Finanzierung ist gesichert. Noch im Dezember gab es daran erhebliche Zweifel.

Nach Aussagen des Bezirksamtes war ein Teil der Kurse aufgrund der vorläufigen Haushaltssperre nicht genehmigungsfähig, da ein neues Semester beginnt. Die vorläufige Haushaltssperre erlaubt jedoch nur die Finanzierung bereits bestehender Projekte. Gesichert waren nur diejenigen Kurse, die „der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung“ (§ 123, Abs. 1 des Berliner Schulgesetzes) dienen.

Die Fraktion der GAL begrüßt, dass nun eine Lösung gefunden wurde. Schließlich wurde das Volkshochschulprogramm vor Verhängung der Haushaltssperre veröffent-

licht. Interessierte Bürger/innen und Dozent/innen haben die Kurse fest eingeplant. Unabhängig von der Einteilung in Semester ist das VHS-Gesamtprogramm 2010/2011 als bestehendes Projekt zu sehen.

Die Bürger/innen haben das Recht auf Verlässlichkeit. Aus dieser Verantwortung darf sich der Senat nicht stehlen. Wegen zu

geringer finanzieller Zuweisungen für die Erfüllung von Sozialleistungen, zu denen Jugend- und Sozialamt gesetzlich verpflichtet sind, ist er der Hauptverantwortliche für den Spandauer Schuldenberg, der zur Haushaltssperre geführt hat. Im Hinblick auf die bezirkliche Haushaltskonsolidierung wird sich die GAL-Fraktion auch künftig dafür einsetzen, dass das Kursangebot der VHS nicht eingeschränkt wird.

Aufgabe der Kirchgasse 3 unumgänglich

Die Einsparungen, die der Bezirk in den kommenden Jahren zum Abbau dieses Schuldenbergs erbringen muss, sind für Spandauer/innen sowie die Mitarbeiter/innen der Verwaltung mit erheblichen Unannehmlichkeiten verbunden. Wichtig ist, dass VHS-Kurse künftig in großem Umfang weiter angeboten werden können. Die Aufgabe des VHS-Gebäudes in der

Kirchgasse 3 und die damit verbundene Mietersparnis macht dies - nach den vorliegenden Informationen des Bezirksamtes - möglich.

Daher unterstützt die GAL-Fraktion die Schließung der Kirchgasse 3. Die Gottfried-Kinkel-Oberschule in der Seecktstraße, die ab Ende 2011 als Ersatz genutzt werden soll, hat das Potenzial, sich mittelfristig zu einem Kulturzentrum zu entwickeln. Im Gegensatz zur Kirchgasse können dort zusätzlich die Freiflächen genutzt werden. Die Buslinie M 37 gewährleistet die Erreichbarkeit des neuen Standortes mit der BVG. Sollte sich allerdings die Nutzung der Gottfried-Kinkel-Oberschule aufgrund der nötigen Haushaltsanierung verzögern, wird sich die GAL-Fraktion gegen Übergangslösungen in anderen bezirklichen Gebäuden wehren. Die Räume in der Kirchgasse 3 müssen der VHS so lange zur Verfügung stehen, bis ein vollständiger Umzug in die Seecktstraße möglich ist.

Auf einen Umzug in einem laufenden Semester ist zu verzichten. Das Hin und Her im Zusammenhang mit der Schließung der Bruno-Gehrke-Halle im abgelaufenen Herbstsemester darf es nicht wieder geben: Zahlreiche Sportkurse wurden teilweise nur zwei Tage vor Beginn in andere Sporthallen verlagert, als im VHS-Programm angekündigt. Viele Teilnehmer/innen zogen daraufhin ihre Anmeldung zurück, da die Kurse zeitlich nicht mehr erreichbar waren. Später, mitten im Semester, wurden einige Kurse zurück in die ursprünglich vorgesehenen Hallen zurückverlegt. Die abgesprungenen Teilnehmer/innen hatten hiervon leider nichts.

+++ aus der bvv +++ aus der bvv +++ aus der bvv +++ aus der

Alba leert die gelben Tonnen nicht – Bezirksamt weiß von nichts II

Dem Bezirksamt war ebenfalls neu, dass es Probleme bei der Abfuhr der gelben Tonnen durch Alba gibt. Bei der Beantwortung unserer Anfrage teilte der Bezirksbürgermeister mit, dass es aber Probleme bei der Abfuhr der gelben Säcke gebe. Das Problem sollte bis Ende Januar behoben sein.



Die FDP hatte unsere Anfrage überhaupt nicht begriffen. Allen Ernstes fragte sie, was volle Tonnen mit Recycling (Titel der Anfrage: „Mangelhaftes Recycling durch Alba?“) zu tun hätten und warum das

Ordnungsamt eingeschaltet wurde. Gern erklärten wir der FDP den Zusammenhang: Mangelhaftes Recycling entsteht, wenn Wertstoffe aufgrund voller gelber Tonnen in den Hausmüll wandern. Und das Ordnungsamt muss einschreiten,

wenn es unabhängig von den Ursachen zur Vermüllung öffentlicher Flächen kommt.

Impressum

Herausgeber: Verein zur Förderung
alternativer Publizistik e.V.
V.i.S.d.P.: Ernst John
c/o Alternative Liste Spandau,
Stachelredaktion, Jagowstr. 15,
13585 Berlin,
Tel.: 335 97 14 Fax: 336 02 73
E-mail: ALSpandau@freenet.de

Wasserbüffel auf Tiefwerder

Im Frühjahr 2011 soll es so weit sein: Sechs asiatische Wasserbüffel werden dann auf den Tiefwerder-Wiesen die Vegetation kurz halten und mithelfen, den Wiesencharakter der Landschaft zu erhalten. Der Einsatz von Tieren als „Landschaftspfleger“ in Schutzgebieten hat europaweit Hochkonjunktur.

Als einer der Vorreiter gelten die Niederlande, die zum Teil seit Jahren Rinderarten in ökologisch wertvollen Feuchtgebieten einsetzen. In Berlin gibt es Wasserbüffel bereits auf der Pfaueninsel, während sich die Sielmann-Stiftung in der trockenen Döberitzer Heide zwischen Dallgow und Elstal für die früher einheimischen Wisente entschieden hat.

Politische Brisanz erhält der unter Naturschützern unstrittige Wasserbüffel-Einsatz leider durch die Bürgerinitiative „Rettet Klein-Venedig“, die sich vor allem gegen die Renaturierung des Areals zur Wehr setzt. Unter den Sprecher/innen der Initiative sind neben Pächter/innen auch Eigentümer/innen, die über Grundbesitz auf Tiefwerder verfügen, das an Kleingärtner verpachtet wird.

Die Tiefwerder-Wiesen gelten als eines der wertvollsten Berliner Feuchtgebiete überhaupt und verfügen über eine große

Artenvielfalt. Am Einsatz der Wasserbüffel kritisiert die BI insbesondere, dass es sich bei den Tieren um keine einheimische Art handelt und dass das Bezirksamt über die Maßnahme nicht ausreichend informiert habe. Zudem befürchte man steigende Besucherzahlen auf Tiefwerder.



Wasserbüffel statt Hechtlaichwiesen..

Foto: Stachel

Die GAL-Fraktion weist die Vorwürfe und die Kritik an den Büffeln zurück und unterstützt in dieser Frage das Bezirksamt. Im zuständigen Ausschuss der BVV wurde frühzeitig über die Maßnahme informiert. Im Rahmen des „Runden Tisches Tiefwerder“, an dem Vertreter/innen der Interessengemeinschaft, der Sport- und Angelvereine auf Tiefwerder, des Bezirksamtes sowie der BVV-Fraktionen teilneh-

men, gab es im Sommer zusätzlich einen Vor-Ort-Termin, bei dem das Projekt vorgestellt und der Eigentümer der Tiere Rede und Antwort stand. Skeptisch waren die Vertreter/innen der Bürgerinitiative lediglich in Bezug auf den Schutzzaun, der mittlerweile errichtet wurde.

Die Entscheidung für asiatische Wasserbüffel ist fachlich nicht zu kritisieren, da sie als besonders resistent gegen Klauenkrankheiten gelten, obwohl sie dauerhaft im Wasser stehen.

Die GAL-Fraktion vermutet eher den Versuch einer Retourkutsche. Das Bezirksamt hat Kleingärtnern nämlich vorgeworfen, das Ökosystem durch das Aussetzen nichtheimischer Pflanzenarten zu gefährden. Aus der Angst vor zusätzlichen Gästen, die sich in der Natur Tiefwerders erholen oder die Wasserbüffel einmal sehen möchten, spricht der Wunsch nach Abschottung, was menschlich nachvollziehbar, politisch aber inakzeptabel ist.

Von Bezirk und Senat fordern wir allerdings stärkere Anstrengungen bei der Renaturierung der Tiefwerder-Wiesen. Zahlreiche Lauben wurden in den vergangenen Jahren bereits abgerissen. Was bis heute meist fehlt, ist das Geld zur vollständigen Beseitigung der Uferbefestigungen und Steganlagen. Aus den Gräben herausragende Metallrohre sind nicht nur hässlich, sondern auch gefährlich. Hier müssen dringend die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

+++ aus der bvv +++ aus der bvv +++ aus der bvv +++ aus der

„Kein Fluglärm über Kladow“

Die Spandauer CDU-Fraktion hat nun auch das Thema Fluglärm entdeckt. Das überrascht, denn bei allen Lärmdiskussionen, die wir im Bezirk angestoßen haben, galt bei der CDU bisher immer: Wem es in Spandau zu laut ist, soll nach Brandenburg ziehen. Seit sich in Kladow eine Anti-Fluglärm-BI gegründet hat, die nach uns vorliegenden Informationen auch von CDU-Mitgliedern unterstützt wird, scheint sich der Wind zu drehen. Im September wird gewählt ...

Mit einem einstimmig angenommenen Dringlichkeitsantrag wurde das Bezirksamt am Mittwoch beauftragt, sich bei den zuständigen Behörden weiterhin dafür einzusetzen, dass die Spandauer Lärmschutz-

interessen endlich berücksichtigt werden.

Wir kündigten in der BVV unsere Zustimmung an, machten aber deutlich, was uns von den anderen Parteien unterscheidet. So werden wir niemals in den parteiübergreifenden Jubel einstimmen, wenn sich die Passagierzahlen auf den Berliner Flughäfen wieder einmal erhöht haben.

Die ökologischen Folgekosten des Flugverkehrs sind von uns allen zu tragen, während positive wirtschaftliche Effekte nur wenigen z. B. in Gastronomie und Hotellerie zugute kommen.

Wir fordern eine Reduzierung des Flugverkehrs auf das notwendigste Maß, die Einführung einer angemessenen hohen Kerosinsteuer und eine kritische gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Problematik der Billig-Fluglinien.

S-Bahn-Mittel für die Straßensanierung – FDP und CDU ohne Mehrheit

Ginge es nach dem Wunsch von FDP und CDU, würden Gelder, die der S-Bahn gekürzt wurden, in die Sanierung insbesondere Spandauer Straßen fließen. Dieser Antrag fand aber keine Mehrheit. FDP und CDU kamen auf 26 Ja-Stimmen, GAL, SPD und Panther auf 26 Nein-Stimmen – bei einem Patt gelten Anträge als abgelehnt.

Wir begründeten unsere Ablehnung damit, dass für den ÖPNV vorgesehene Gelder auch bei Nichtauszahlung an die S-Bahn in den ÖPNV fließen müssen und forderten u. a. einen zügigeren barrierefreien Umbau der U-Bahnhöfe.